

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 64. Sitzung

am Mittwoch, dem 19. März 2008, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Günther Hildebrandt (FDP)

i.V. von Dr. Heiner Garg

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Manfred Ritzek (CDU)

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Anette Langner (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
7. Schwarzarbeit in Schleswig-Holstein	5
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 16/1847	
1. Rahmenbedingungen für Windenergie überarbeiten	6
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1223	
2. Bericht der Landesregierung über „Initiativen zur Änderung planungsrechtlicher und gesetzlicher Grundlagen sowie der Fördermaßnahmen zum Zwecke der langfristigen Umstellung auf Erneuerbare Energien“; Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern	8
a) Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1624	
b) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1658	
4. Vorrang für Erdkabel im Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz	8
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1282 (neu)	

-
- 3. Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern** **10**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1378
- Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1396
-
- 5. Entwurf eines Gesetzes zur Nutzung Erneuerbarer Wärmeenergie in Schleswig-Holstein (Erneuerbare Wärmeenergie-Gesetz - EWärmeG)** **11**
- Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1791
-
- 6. Wettbewerb bei Schienenverkehrsleistungen erhalten** **12**
- Antrag der Fraktionen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1886
-
- 8. Frauenpolitik in Schleswig-Holstein** **13**
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 16/1829 (neu)
-
- 9. Verschiedenes** **14**

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Die Ausschussmitglieder behandeln zunächst Punkt 7 der Tagesordnung:

Schwarzarbeit in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1847

(überwiesen am 29. Februar 2008 zur abschließenden Beratung)

Abg. Hildebrand beantragt die Durchführung einer mündlichen Anhörung. - Diesem Antrag folgt der Ausschuss einmütig. Als Termin wird der 21. Mai 2008 festgelegt. Der Kreis der Anzuhörenden soll von den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen bis zum 31. März d. J. gegenüber der Ausschussgeschäftsführung mitgeteilt werden.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Rahmenbedingungen für Windenergie überarbeiten

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1223

(überwiesen am 21. Februar 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Umwelt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2513, 16/2940

Abg. Matthiessen legt zu Beginn mit dem Umdruck 16/2940 einen Änderungsantrag zur Drucksache 16/1223 vor, und der Ausschuss setzt insgesamt seine Beratungen zum Thema „Rahmenbedingungen für Windenergie überarbeiten“ fort.

RL Schlick geht auf die Kernpunkte Revision der rechtlichen Gegebenheiten und Ausweisung neuer Eignungsgebiete ein. Zu beiden Punkten sei zu betonen, dass man sich zurzeit in der Diskussion über den neuen Landesentwicklungsplan befinde. Ende dieses Jahres werde man wohl die Stellungnahmen der Kommunen zu diesem Plan ausgewertet haben, und es werde dann sicherlich eine vertiefte inhaltliche Diskussion stattfinden. Im Übrigen verweist er auf die Ausführungen von M Austermann im Rahmen der Beratung dieses Tagesordnungspunktes in der Wirtschaftsausschusssitzung vom 6. Februar 2008.

Auf Fragen von Abg. Harms und Abg. Matthiessen betont RL Schlick, von besonderer Bedeutung für den LEP sei die im Rahmen der geplanten Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform vorgesehene Kommunalisierung der Regionalplanaufstellung und -feststellung. Mit der Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Kommunalisierung der Regionalplanung, der Aufstellung des Landesentwicklungsplans und parallel dazu der Überarbeitung der Runderrlasse werde dann quasi ein Paket geschnürt worden sein, das 2010 Rechtskraft erhalten könne. Auffassung der Landesregierung sei es, die Kommunalisierung nicht im Vorhinein mit der Berücksichtigung einzelner Wünsche vor Ort vorzuziehen. Zu dem Ziel, den Anteil von 0,8 % Landesfläche als Eignungsgebiete für die Windenergienutzung auf 1 % zu steigern, verweist er darauf, dass die jetzt ausgewiesenen Eignungsgebiete schon eine Flächengröße von 0,8 % umfassten und dass von den 15.000 ha, die das ungefähr seien, 12.500 ha bebaut seien. Bei optimaler Aufstellung der Anlagen innerhalb der Eignungsräume könnten zwischen 2.700 und 3.350 MW installiert werden, was aufzeige, dass hier noch ausschöpfbares Potenzial gegeben sei.

Abg. Matthiessen bittet an dieser Stelle darum, schriftlich darzustellen, inwieweit die genannten 15.000 ha ausgewiesener Eignungsräume 0,8 % der Landesfläche entsprechen. - RL Schlick sagt dies zu.

St de Jager regt an, dass das Innenministerium auch darlegen solle, warum der Flächenanteil von 0,8 % unter Umständen noch nicht bebaut worden sei. Grund sei nämlich oftmals, dass die Bebauung durch die örtliche Bauleitplanung eingeschränkt worden sei. Des Weiteren wolle er, St de Jager, darauf hinweisen, dass es auch Repowering-Anlagen außerhalb der 1 %-Fläche gebe, die hier einzurechnen seien, und dass auch Testanlagen außerhalb der Eignungsgebiete insgesamt wohl ungefähr den Anteil von 1 % Landesfläche erreichten. Im Übrigen habe er die Hoffnung, dass man vor 2010 das geschnürte Paket fertig haben werde.

Abg. Harms spricht sich nachdrücklich dafür aus, bei der Erlassfrage nicht bis 2010 zu warten, und betont noch einmal, dass wohl niemand mehr als 1 % der Landesfläche als Eignungsgebiet ausgewiesen sehen wolle, sondern dass es darum gehe, Flächen zu arrondieren und es zumindest den Kommunen, die seinerzeit Flächenausweisungen abgelehnt hätten, zu ermöglichen, diese Flächen wieder in die Planung zu nehmen. Insgesamt gehe es darum, diesen immens wichtigen Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein weiterzuentwickeln, und dies müsse schnell gehen, möglichst bis zum Ende 2008.

Abg. Matthiessen erweitert seine schriftlichen Berichtswünsche sodann um die Punkte: Welche Kommunen haben aus welchem Grund in der Vergangenheit Flächenausweisungen abgelehnt, Übersicht über das Vorhandensein von F- und E-Standorten außerhalb der Eignungsräume. - RL Schlick betont, dass der Erlass mit dem Landesentwicklungsplan verbunden sei, und dass man den Wunsch nach Beschleunigung des Verfahrens gern aufnehme und versuchen werde, dem zu entsprechen.

Abg. Callsen unterstreicht ebenfalls, dass ihm die aufgezeigte Perspektive 2010 zu lang erscheine. Dennoch sei er dafür, hier Politik aus einem Guss zu machen, weil es wenig Sinn mache, jetzt Einzelfragen aus dem Gesamtkomplex herauszunehmen. Die Abwägungen seien gründlich zu treffen, aber es sollte auch nichts auf die „lange Bank“ geschoben werden.

Einvernehmlich vertagen die Ausschussmitglieder die weitere Beratung der Anträge bis auf Weiteres.

Punkte 2 und 4 der Tagesordnung:

Gemeinsame Beratung

- **Bericht der Landesregierung über „Initiativen zur Änderung planungsrechtlicher und gesetzlicher Grundlagen sowie der Fördermaßnahmen zum Zwecke der langfristigen Umstellung auf Erneuerbare Energien“; Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern**

a) Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1624

(überwiesen am 12. Oktober 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 16/2804

b) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1658

(überwiesen am 12. Oktober 2007 an den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

- **Vorrang für Erdkabel im Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz**

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1282 (neu)

(überwiesen am 23. März 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Poersch führt zu Beginn der Beratungen nachstehenden Antrag zu den Drucksachen 16/1282 (neu) und 16/1658 ein:

„Der Landtag spricht sich beim Ausbau des Hochspannungsnetzes grundsätzlich für Erdkabelverlegungen aus, sobald dies technisch machbar und wirtschaftlich vertretbar ist.

Der Landtag erwartet von Erzeugern regenerativer Energien, dass sie sich angemessen an den möglichen Mehrkosten von Erdkabeln beteiligen.

Der Landtag begrüßt die Initiative der Bundesregierung, durch eine Änderung des Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetzes rechtlich klarzustellen, dass die Regelung

in Artikel 7 Nr. 6 (§ 43 Energiewirtschaftsgesetz) des Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetzes neben den Offshore-Windkraftanlagen auch Onshore-Windkraftanlagen in einem 20-km-Küstenstreifen erfasst.“

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1658, mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Landtag zur Ablehnung empfohlen.

Des Weiteren empfiehlt der Ausschuss nach alternativer Abstimmung über den Ursprungsantrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 16/1282 (neu), und den hierzu von CDU und SPD vorgelegten und vorstehend zitierten Antrag zu den Drucksachen 16/1282 (neu) und 16/1658 dem Landtag die Annahme des Antrages Drucksache 16/1282 (neu) in insoweit geänderter Fassung.

Die Drucksache 16/1624 nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1378

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1396

(überwiesen am 11. Mai 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 16/1396, ablehnen. Mit der Mehrheit von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt der Ausschuss dem Plenum so- dann vor, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1378, abzu- lehnen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Nutzung Erneuerbarer Wärmeenergie in Schleswig-Holstein (Erneuerbare Wärmeenergie-Gesetz - EWärmeG)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1791

(überwiesen am 30. Januar 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2864, 16/2865, 16/2866, 16/2870, 16/2871, 16/2909

Der Ausschuss sieht von einer Stellungnahme an den federführenden Innen- und Rechtsausschuss ab, behält es sich jedoch vor, gegebenenfalls im Rahmen des Selbstbefassungsrechts die Vorlage erneut aufzurufen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Wettbewerb bei Schienenverkehrsleistungen erhalten

Antrag der Fraktionen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 16/1886

(überwiesen am 29. Februar 2008)

Weil M Austermann wegen seiner Teilnahme an der Wirtschaftsministerkonferenz bei der Beratung dieses Tagesordnungspunktes nicht zugegen sein kann, empfiehlt der Vorsitzende, Abg. Arp, die Beratung auf eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses zu verschieben. - Die Ausschussmitglieder folgen dieser Empfehlung einmütig.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Frauenpolitik in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 16/1829 (neu)

(überwiesen am 28. Februar 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, auf eine Stellungnahme gegenüber dem federführenden
Innen- und Rechtsausschuss zu verzichten.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder vereinbaren, in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 16. April 2008 unter anderem ein Informationsgespräch mit dem Arbeitskreis „Wehrtechnik“ der Studien- und Fördergesellschaft der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft e. V. zu führen.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 11:30Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer